

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 06
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 386 846 pbbn d



Inhalt

Gerhard Schröder MdB formuliert Gedanken zur Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm der SPD: Den Meinungsbildungsprozeß innerhalb und außerhalb der SPD aufnehmen. Seite 1

Freimut Duve MdB und Harald B. Schäfer MdB fordern die Beschränkung auf 130 kmh Spitzengeschwindigkeit: Zimmermann muß einen wirksamen Beitrag zum Schutz des Waldes leisten. Seite 3

Jan Oostergetelo MdB, Mitglied des Agrarausschusses des Bundestages, kommentiert die Anhebung der Vorsteuerpauschale in der Landwirtschaft: Viel Geld, aber keine wirkliche Hilfe. Seite 5

39. Jahrgang / 122

28. Juni 1984

Zur Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm

Den Meinungsbildungsprozeß innerhalb und außerhalb der SPD aufnehmen

Von Gerhard Schröder MdB

Der Essener Parteitag hat auf der Basis der Vorschläge der Grundwerte-Kommission unter Erhard Eppler beschlossen, eine Kommission zur Weiterentwicklung des Godesberger Programms einzusetzen.

Programm-Arbeit ist, so meine ich, nur dann sinnvoll, wenn sie von einer breiten Diskussion innerhalb und außerhalb der SPD mitgetragen wird. Auf dem Parteitag wurde diese Diskussion eröffnet. Dabei sollten zwei Erfahrungen nicht vernachlässigt werden.

1. Wir dürfen nicht vergessen, daß unser Kampf um die politische Macht nur dann erfolgreich sein kann, wenn die politische, die institutionelle Macht sich auf gesellschaftliche Macht gründet.

Ich will dies an einem Beispiel verdeutlichen:

Der große Wurf der Ostpolitik ist nicht nur deshalb in Schwierigkeiten geraten, weil sich die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Großmächten verschärft haben. Die Schwierigkeiten begannen genau zu dem Zeitpunkt als wir glaubten, daß die Politik des Ausgleichs mit dem Osten ausschließlich eine Frage sei, die im Staat entschieden werde und nicht mehr, wie es 1969 und 1972 war, eine Frage, die auch durch gesellschaftlichen Druck und damit eben auch durch Einfluß der Gesellschaft bewegt und entschieden wird.

Daraus folgt für mich:

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Stromloser Umgang
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Wir müssen wieder eine Beziehung zu den Bürgerinitiativen, zur Friedensbewegung, zur Frauenbewegung, zur Ökologiebewegung finden, die nicht einfach Integration sagt und meint. Wir müssen vielmehr diese Bewegungen, diese Initiativen ihre Vorstellungen entwickeln lassen und uns dann auf die Politik, die dort formuliert wird, konkret beziehen und versuchen sie mit in unsere Lösungsvorschläge einzubeziehen.

2. Wenn wir von Umweltschutz sprechen und Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie fordern, dann wissen wir, daß sich Umweltschutz zwar auch - aber eben nicht nur - produzieren läßt. Wir dürfen uns gerade in diesem Bereich nicht um manchmal schmerzhaft Entscheidungen herumdrücken; wir werden entscheiden müssen, was in belasteten Regionen noch geht und was nicht geht. Da kann es keine faulen Kompromisse geben. Das geht nur mit Ge- und Verboten.

Angesichts des dramatischen Waldsterbens darf eben kein Kraftwerk - wie es mit Buschhaus vorgesehen war - genehmigt werden, wenn der Schadstoffausstoß dabei lediglich gleich bleibt. Neue Genehmigungen darf es in Zukunft nur noch geben, wenn es zu einer drastischen Senkung des Schadstoffausstoßes kommt.

Und wir müssen uns auch dazu durchringen, Abschied von so mancher Großtechnologie zu nehmen. Der Essener Parteitag war gut beraten, als er die Einrichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstäbe in der Bundesrepublik ablehnte; eine Wiederaufarbeitungsanlage, die ökonomisch unsinnig, umweltpolitisch außerordentlich gefährlich und sicherheitstechnisch längst nicht beherrschbar wäre. Hier wurde in Essen klar entschieden; und das war gut so.

Warum betone ich - wo doch gegenwärtig die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unumstritten das zentrale Thema unserer Partei ist - diese beiden Punkte? Für mich ist Umweltschutz eines jener wenigen politischen Themen, die Bewegung in die festgefügt Vorstellungen in der Gesellschaft bringen. Umweltpolitische Lösungsvorschläge verlaufen nämlich nicht mehr entlang der alten Klassenlinie, entlang des alten Schemas von rechts und links. Im Gegenteil; die ökologische Bedrohung hat gezeigt, daß wir alle Betroffene sind. Dadurch ist sie ein Thema geworden, das die festgefahrenen Blöcke zu sprengen imstande ist; ja zum Teil schon gesprengt hat. Deshalb wird dieses Thema für uns wichtig bleiben, wahrscheinlich noch wichtiger werden auch und gerade in der Diskussion um die Fortentwicklung des Godesberger Programms.

(-/28.6.1984/ks/rs)

+ + +

(Dieser Beitrag erscheint auch in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift "Sozialistische Praxis")



Geschwindigkeit begrenzen

Zimmermann läßt den Wald im Stich

Von Freimut Düve und Harald B. Schäfer MdB

Im Innenausschuß des Deutschen Bundestages haben die SPD-Abgeordneten einen Antrag eingebracht, die Geschwindigkeit für Kraftfahrzeuge auf Bundesautobahnen auf 100 km/h und auf Landstraßen auf 80 km/h zu begrenzen.

Für abgasentgiftete Autos soll eine Geschwindigkeit von maximal 130 km/h zugelassen werden.

Alle Fachleute sind sich einig, daß dies sofort zu einer erheblichen Minderung der für das Waldsterben so verhängnisvollen Stickoxidemissionen führen würde.

Angesichts des dramatischen Bankrotts der Abgaspolitik der Union ist nach Ansicht der SPD die Einführung eines Tempo-Limits erst recht unverzichtbar.

Die jüngsten Erklärungen von Innenminister Zimmermann zum bleifreien Benzin und zur Abgasentgiftung bei Kraftfahrzeugen müssen von jedem Beobachter als Offenbarungseid des Ankündigungsministers in Sachen Umweltschutz gewertet werden. Zu den lautstark angekündigten und nicht eingehaltenen Versprechungen gehört (vgl. auch die kleine Dokumentation):

- Ab 1. Juni 1986 werden alle Neuwagen mit Abgaskatalysatoren ausgerüstet und gleichzeitig bleifreies Benzin eingeführt;
- dies wird notfalls im nationalen Alleingang durchgesetzt.

Jetzt nimmt der Innenminister das Veto der EG-Partner zum Vorwand für sein Nachgeben gegenüber der deutschen Automobilindustrie, indem er behauptet, ein nationaler Alleingang sei nach dem EG-Recht gar nicht möglich.

Wir stellen fest:

- Der Bundesinnenminister hat den nationalen Alleingang nie ernstlich gewollt, sondern ihn nur zu einem Politikeralleingang genützt, der ihm Umweltprofil in der Öffentlichkeit bringen sollte, mit deren Vergeßlichkeit er rechnet.

- Der nationale Alleingang bei der Kfz-Abgasentgiftung ist nach Artikel 36 des EWG-Vertrages möglich, wenn menschliche Gesundheit und die Umwelt nachhaltig gefährdet sind.

Wer wollte daran angesichts der Pseudo-Krupp-Fälle und des Waldsterbens zweifeln?

Dokumentation zum Text

- o Im Juni 1983 setzt sich der Bundesinnenminister mit der höhnischen Bemerkung, daß dann die Deutschen beim Italien-Urlaub ihre Autos am Brenner stehen lassen müßten, über den hessischen Gesetzentwurf und die sozialdemokratische Forderung nach einem nationalen Alleingang der Bundesrepublik bei der Kfz-Abgasentgiftung hinweg.
(Der Spiegel vom 22.8.1983)
- o Wenige Wochen später - im Juli - kündigt er überraschend die Einführung von Abgaskatalysatoren und bleifreiem Benzin ab 1.1.1986 an. Diese Position bekräftigt er mehrmals öffentlichkeitswirksam, so etwa im September 1983 anläßlich der internationalen Automobilausstellung: "Angesichts dieser Situation muß es für jedermann einsehbar sein, daß es für den eingeschlagenen Weg keine vernünftige Alternative geben kann."
(Umwelt des BMI 98/1983, S.9)
- o Im Oktober - als von französischer Seite längst ein Veto erkennbar war - übernimmt er im Bundestag die sozialdemokratische Forderung, notfalls einen Alleingang zu wagen - mit den starken Worten: "Aber wenn uns die Harmonisierung innerhalb der Gemeinschaft nicht gelingt, dann könnte es passieren, daß wir italienische und französische Wagen ab dem 1. Januar 1986, weil sie unsere Konditionen nicht erfüllen, nicht mehr hereinlassen."
(Umwelt 99/1983, S. 31)
- o Noch einmal bekräftigt Minister Zimmermann im Februar 1984 die "Jahrhundertentscheidung", die Schadstoffe im Autoabgas ab 1986 um circa 90 Prozent zu senken".
(Umwelt 101/1984, S. 7)

Danach rückt er fast unmerklich vom Katalysator-Konzept mit dem Termin 1. Januar 1986 ab und redet fortan nur noch von der Einführung von bleifreiem Benzin. In dieser ganzen Zeit hat der Bundesinnenminister keinen Gesetzentwurf zur Entgiftung der Kfz-Abgase vorgelegt, über Ankündigungen ist er nie hinausgekommen!

(-/28.6.1984/fr/rs)

+ + +

Viel Geld - aber keine wirkliche Hilfe

Zur Anhebung der fünfprozentigen Vorsteuerpauschale in der Landwirtschaft

Von Jan Oostergetelo MdB

Mitglied des Agrarausschusses des Deutschen Bundestages

Jetzt ist sie also Gesetz - die fünfprozentige Anhebung der Vorsteuerpauschale in der Landwirtschaft. Ein beispielloser Prozeß aus Fehleinschätzung und konzeptionslosen Wurstelns ist somit fürs erste durch eine Fehlentscheidung zu Ende gebracht; die Folgen hat die deutsche Landwirtschaft zu tragen - und die deutschen Bürger.

Wenn der Staat bis 1991 cirka 22 Milliarden an Steuerverzicht den Bauern zugute kommen läßt, sind die negativen Folgen für die Allgemeinheit offensichtlich und bedürfen keinerlei Erläuterung.

Aber für die Landwirtschaft? Zitieren wir das - keineswegs der SPD nahestehende DIW: "Vielmehr werden hier die Klein- und Mittelbetriebe wiederum vorgeschoben, um die gefährdeten Interessen landwirtschaftlicher Großbetriebe zu schützen."

So offen wollte es das Regierungslager natürlich nicht sagen und deshalb begann mit der parlamentarischen Behandlung der Vorsteuerpauschale ein grotesker Eiertanz, der an Peinlichkeit kaum noch zu überbieten ist.

Der Quotierungsfehlentscheidung folgte die Fehleinschätzung der Auswirkungen beim Grenzausgleich, aber nicht die berechtigten Klagen der Landwirte, sondern die groß-agrarisch ausgerichtete Agrarlobby bestimmte, auf welche Weise der Landwirtschaftsminister einzuknicken hatte.

Als die SPD - um zu retten was noch zu retten war - Obergrenzen für die Pauschal-anhebung forderte, begann das blamable Winden und Wenden der Union im Agrarausschuß. Man zog eigene Anträge zurück, man versuchte mit "Korrekturschlüsseln" zu manipulieren, rettete sich in Vertagung, wenn die eigene Argumentation völlig zusammenbrach.

Es ist im wesentlichen der SPD zu verdanken, daß der Versuch der Union durch eine manipulierte Obergrenzenregelung sowohl große Teile der gewerblichen, als auch umweltbelastende bäuerliche Intensivtierhaltung in die Förderung aufzunehmen, verhindert wurde.

Zufriedenheit kann bei uns trotzdem nicht aufkommen. Zu fehlerhaft ist das Gesetz, denn

- die Vorsteueranhebung segnet überproportional umsatzstarke Betriebe, sogar dann, wenn sie vom Grenzausgleichsabbau kaum betroffen sind,
- die Mißbrauchsmöglichkeiten, die im System einer fünfprozentigen Anhebung stecken, werden in einen Subventionssumpf führen, in dem die Millionen nur so verschwinden,



- als an den Umsatz gebundene Maßnahme wirkt die Anhebung der Vorsteuer tendenziell als Produktionsanreiz, sie bewirkt also das Gegenteil von dem, was unter dem Zeichen der Überproduktion angestrebt werden müßte,
- den in ihrer Existenz bedrohten Betrieben, besonders wenn sie durch die beschränkende Milchquotierung jede Entwicklungschance verloren haben, wird ein zweites Mal geschadet.

Und in dieser Wirkung liegt der Fehler der Maßnahme. Die Regierung bedient sich in der Agrarpolitik weiter des längst als fehlerhaft und unsinnig erkannten Gießkannenprinzips. Damit die um ihre Existenz kämpfenden Kleinbetriebe nur ein wenig abbekommen, wird das Geld mit vollen Händen denen gegeben, die auch ohne zusätzliche Stützung zurechtkommen könnten.

Da gibt es bessere Lösungen. Die SPD hat gefordert, gezielt Einkommensübertragungen an die notleidenden Betriebe vorzunehmen, die an Flächenbewirtschaftung und soziale Kriterien gebunden sind. Gerechter - sinnvoller - wirksamer und billiger.

Auch dazu hat das DIW ein Urteil: "Mit einem System von direkter Einkommensausgleichszahlung ... hätte die Bundesrepublik die Chance wahrgenommen, eine an rationalen Überlegungen orientierte Agrarpolitik ... zu praktizieren." Aber wer denkt in dieser Regierung schon rational.

Ignaz Kiechle, der nach eigenem Bekunden angetreten ist, um den bäuerlichen Familienbetrieb zu sichern, entwickelt sich zu dessen Totengräber. Sowohl die Quotierungsregelung auf dem Milchsektor, als auch die Vorsteuerregelung benachteiligt 100.000 von Klein- und Mittelbetrieben offensichtlich und so gefährlich, daß deren Weiterbestehen mehr als zweifelhaft erscheint.

Zu mehr als Milchmädchenrechnungen scheint es beim Milchpapst nicht zu reichen.

(-/28.6.1984/ks/rs)

+ + +

